

„Zuwanderung steuern“

BEWEGUNG Deutsche Bevölkerung schrumpft bis 2050 auf 58 Millionen. CDU-General Meyer hält Einigung über Gesetz für möglich.

Maike Röttger
Hamburg

Die verhärteten Fronten in der Debatte über ein Zuwanderungsgesetz sind am Wochenende in Bewegung geraten. CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer hält es laut einem Bericht der Zeitung „Welt am Sonntag“ nicht für unmöglich, mit der SPD ein Gesetz „zu CDU-Bedingungen“ zu verabschieden. Bundeskanzler Gerhard Schröder schwenke unter dem Druck der öffentlichen Meinung auf CDU-Forderungen, heißt es der Zeitung zufolge in einem internen Vermerk für die Parteiführung. Von den Grünen erwarte die CDU-Spitze „keine besondere Gegenwehr“.

SPD-Fraktionschef Peter Struck signalisierte am Wochenende vorsichtig Kompromissbereitschaft und warnte die Grünen vor einem Festhalten an „Maximalforderungen“.

Grünen-Parteichefin Claudia Roth konterte, die Koalition dürfe sich nicht auseinander dividieren lassen. Die Grünen bestehen vor allem auf der Anerkennung nicht-staatlicher wie geschlechtsspezifischer Verfolgung und fordern, das Nachzugsalter für Kinder auf mindestens 14 Jahre festzulegen. Die Union fordert unter anderem, das Nachzugsalter weiter abzusenken. Ein Zuwanderungsgesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates. Dort wäre Rot-Grün auf die Unterstützung von Ländern mit einer Regierungsbeteiligung der Union angewiesen.

Der Migrationsforscher Klaus J. Bade aus Osnabrück fürchtet, dass das Zuwanderungsgesetz in dieser Legislaturperiode scheitert, wenn „die Parteien sich weiterhin gegenseitig blockieren“. Die Kritikpunkte der Union, die vor allem die Begrenzung der Zuwanderung mehr betonen will, seien „verhandelbar“, sagte er dem Abendblatt.

Es sei aber falsch, die Zahl der Arbeitslosen mit der Zahl der Zuwanderer zu verrechnen. Nach der Union hatte dies nun auch der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz getan. „Es geht nicht um eine Masseninvasion von Arbeitskräften“,

sagt Bade. „Aber wir müssen uns einüben im Wettbewerb um die besten Köpfe.“ Dazu gehörten eben umfassende Steuerungssysteme.

Bei einer Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau hat die UNO errechnet, dass Deutschland im Jahr 2050 von 82 Millionen Einwohnern auf 58 Millionen Einwohner geschrumpft sein wird. Kommen heute noch 4,4 arbeitsfähige Personen auf einen Rentner von über 65 Jahren, so wird das Verhältnis 2050 bei 1,8 zu 1 sein. Dies wird alle Sozialversicherungssysteme umkrempeln.

Bade meint, dass der Bevölkerungsrückgang schon in zehn bis 15 Jahren spürbar sein wird. Deshalb seien zwei Dinge nötig: „innere Reformen und geregelte Zuwanderung“. Mit „Bordmitteln“ werde man auf weite Sicht ein bis zwei Millionen Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt vermitteln können. Langfristig gelte es auch, das „Arbeitskräftepotenzial“ zu erhöhen: verstärkte und verkürzte Qualifikation, Familien- und Frauenförderungs politik, Er-

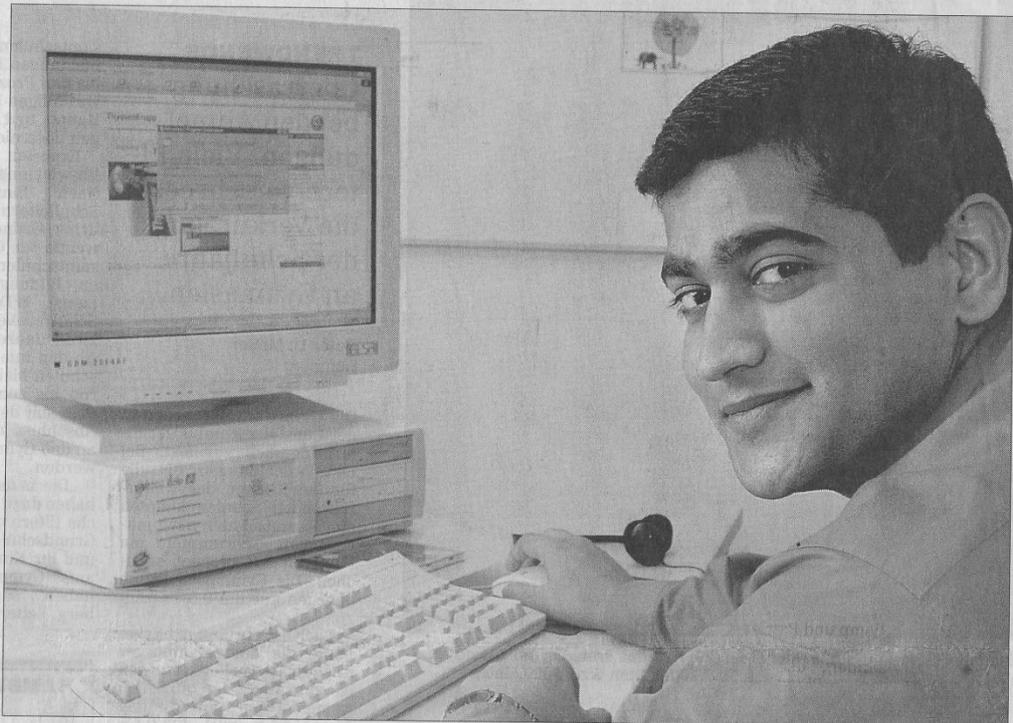
„Gesetzlichen Zuwanderungsregelungen wird sich keine Regierung auf Dauer entziehen können.“

höhung des Renteneintrittsalters, Reformierung des Sozialsystems – Bade und seine Kollegen predigen dies schon lange.

Solange die IT-Branche boomte und die Arbeitslosigkeit sank, fanden sie offene Ohren. Mit steigender Arbeitslosigkeit aber schrecken die Politiker nun wieder zurück. Außerdem läuft das sensible Thema Gefahr, in den Wahlkampf zu geraten.

Bade ist überzeugt, dass es angesichts der Bevölkerungszahlen eine „sachliche Notwendigkeit“ zur Steuerung der Zuwanderung gibt. „Um die Vermittelbarkeit muss man kämpfen“, sagt er. „Das aber kann ich derzeit nicht erkennen.“ Dabei glaubt er

eigentlich an einen „Fundamentalkonsens“ der Parteien in dieser Frage. Auch die Kirchen, Arbeitgeber und Gewerkschaften fordern gesetzliche Zuwanderungsregelungen. Diesem Druck, so meint er, wird sich keine Regierung auf Dauer entziehen können. „Sonst“, prognostiziert er düster, „wird es uns alle schädigen.“



Auf den Mangel an Computerfachleuten reagierte die Bundesregierung im Jahr 2000 mit einer „Green-Card“-Regelung. Eine solche Arbeitserlaubnis erhielt damals auch der 25-jährige Inder Amit Kulkarni. Fachleute fordern ein Zuwanderungsgesetz, damit Deutschland auf Dauer im Wettbewerb um die besten Köpfe mithalten könne. Doch unter dem Eindruck der Massenarbeitslosigkeit ist das Thema sehr umstritten.

FOTO: DPA

Flüchtlingsgruppen und Zuwanderung

Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland lag 2000 bei 8,9 Prozent bzw. 7,3 Millionen.

